
Strategiepapier der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Stellungnahme von gewaltfrei grün e. V. zur These 5: Demokratie und Vielfalt gibt es nur mit Sicherheit

Unter dem Titel „Ein Blick zurück, ein Blick nach vorne!“ haben Britta Haßelmann und Katharina Dröge als Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN am 30. Juni 2025 folgendes Strategiepapier vorgelegt: <https://www.gruene-bundestag.de/wir-im-bundestag/unsere-fraktion/ein-blick-zurueck-ein-blick-nach-vorne/>

Der Vorstand von gewaltfrei grün e.V. nimmt zur These 5 dieses Papiers Stellung:

Die These 5 des Strategiepapiers bleibt den friedenspolitischen Prinzipien verpflichtet: zivile Konfliktlösung, Gewaltprävention, Demokratie- und Vielfaltsschutz sind weiterhin sichtbar - trotz der gestiegenen Bedeutung militärischer Verteidigung, die in der heutigen Gesellschaft und Politik nicht zu übersehen ist.

Allerdings finden sich im Text mehrere Fehlstellen und Fehleinschätzungen, die wir kritisch anmerken müssen. Der Text blendet friedens- und präventionspolitische Optionen weitgehend aus und überschätzt die – vor allem militärische – Dimension von Sicherheit. Er geht zu wenig auf mögliche Nebenwirkungen (z.B. neue Eskalationsrisiken, Abbau von Bürgerrechten) ein und thematisiert vor allem nicht, wie auch ohne Aufrüstung Sicherheit und Frieden gestärkt werden können.

Im Einzelnen sehen wir folgende Punkte kritisch:

1. Vernachlässigung alternativer Strategien:

Obwohl der Text auf die Wurzeln in der Friedensbewegung verweist, fehlt eine ernsthafte Diskussion von Abrüstung, diplomatischen Initiativen oder deutlicher Unterstützung für zivile Konfliktbearbeitung – stattdessen dominiert die Begründung für den Ausbau militärischer Fähigkeiten. Wie Sicherheit durch mehr globale Gerechtigkeit in den verschiedenen Politikbereichen, mehr Diplomatie und Vertrauensbildung erreicht werden kann, wird kaum thematisiert.

2. Rhetorische Absicherung statt wirklicher Abwägung:

Die Rechtfertigung einer stärkeren Verteidigungsfähigkeit erfolgt vor allem mit Verweis auf äußere Bedrohungen und Realpolitik. Es fehlt die Reflexion, ob und wie eine verstärkte Militarisierung das Risiko von Aufrüstungsspiralen oder neuen Konflikten erhöht, oder auch wie der erhöhte Ressourcenbedarf der massiven Aufrüstung den Klimawandel befeuert, oder dass die Umschichtung von Geldern in das Verteidigungsressort dazu führt, dass nötige Investitionen in Klimaschutz, Bildung, soziale Sicherungssysteme unterbleiben.

3. Einseitige Zuschreibung von Ursachen:

Die Bedrohungen werden fast ausschließlich extern (Russland, China, „Autokraten“) verortet. Die komplexen Ursachen von Unsicherheit, wie z.B. ungelöste soziale Probleme, interne Polarisierung oder Klimawandel, werden dagegen ausgeblendet.

4. Unpräzise Differenzierung von Sicherheit:

Es wird zwar immer wieder von der Notwendigkeit von Sicherheit gesprochen, aber der Begriff bleibt unscharf. Sicherheit wird weitgehend mit militärischen, polizeilichen und geheimdienstlichen Maßnahmen identifiziert. Zivile, soziale oder auch religiöse Dimensionen von Sicherheit werden kaum ausgeführt.

5. Risiko der Instrumentalisierung von Bedrohungen:

Es besteht die Gefahr, dass das Argument „Sicherheit“ pauschal zur Legitimation von Aufrüstung und zu mehr Befugnissen für Sicherheitsbehörden genutzt wird, ohne sich klare Kontrollen und Abwägungen gegenüber Bürgerrechten und Freiheitsrechten bewusst zu machen.

6. Mangel an Selbstkritik hinsichtlich früherer Positionen:

Es gibt wenig echte Selbstreflexion, z.B. ob und inwiefern Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Zuge der Zäsur mit neuen politischen Realitäten auch Elemente ihrer eigenen Friedenskompetenz und Alternativstrategien vernachlässigt haben. Der Blick in die eigene Geschichte als Friedenspartei mit Schwerpunkten einer Politik für Gewaltfreiheit durch Personen wie Petra Kelly oder Antje Vollmer kann da hilfreich sein.

7. Verkürzung der Präventionsdiskussion:

Prävention und Demokratieförderung kommen zwar vor, werden aber nur kurz als „auch wichtig“ benannt. Konkrete Maßnahmen, Ressourcenbedarf oder die Frage, ob Prävention wirksamer oder nachhaltiger als Repression ist, werden nicht behandelt.

Um die genannten Defizite im politischen Diskurs — etwa die Vernachlässigung von Abrüstung, ziviler Konfliktlösung, Gewaltprävention und reflexiver Friedensfähigkeit — fundiert zu adressieren, wenden wir uns mit diesem Appell an die Fraktions- und die Parteiführung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, um den Fokus wieder mehr auf Zivile Konfliktlösung und Abrüstung, Gewaltprävention und Friedensförderung, Friedenslogik, die soziale Dimension und die Bewahrung der Demokratie zu richten.

Wir sind der Überzeugung: Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Entweder die Menschen lernen, sich als Menschheit zu begreifen und solidarisch zu organisieren oder die Gattung Mensch wird auf diesem Planeten keine große Zukunft haben. Ein Jahrhundert der Konfrontation und der Aufrüstung kann sich die Menschheit nicht leisten.

Beschlossen am Dienstag, den 19. August 2025